

Der Gefellschaffter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Gründet 1826

Preis pro Jahr 20

Verantwortliche Leitung im
Oberamtsbezirk. —
Wagen und daher von
bestem Erfolg.

Es wird keine Gewähr
übernommen, daß irgend
welche Anzeigen in diesem
Blatte oder an der ge-
schäftlichen Stelle erscheinen.
In Fällen von Unklarheit
wird die Redaktion über die
Richtigkeit der Angaben
für nicht zuständig sein.
Verantwortlich: Hermann
Wagner

Telegraphen-Adresse:
Gefellschaffter Nagold
Postfachkonto:
Stuttgart 5112

Nr. 126

Donnerstag den 3. Juni 1920

94. Jahrgang

Die Krise in der Regierungskoalition und das Zweiblocksystem.

Es ist eine unverkennbare Tatsache, daß die Entwicklung der Revolutionspolitik mit Macht auf das englische System, auf das Zweiblocksystem hindrängt. Zwei Weltanschauungen prallen aufeinander, beide spruchreif zur Entscheidung: der Gedanke des Bürgerturns und der des Sozialismus. Hinter uns liegt eine Ära der Begriffsverwirrungen; beide Ideen, einander wessensfremd und im Innersten feind, verbanden sich zu einer Regierungskoalition, die die erste Bedingung einer solchen Körperschaft, das Regieren, von vornherein ausschloß. Drei Elemente: die von links hart getretene Reichssozialdemokratie, das alte zählbeige Zentrum und die eben erst der Retorte des Berliner Tageblattes entstiegene Deutschdemokratie gestellten sich zu einander und bildeten das, was man nahezu anderthalb Jahre euphemistisch „Regierung“ nannte. Sämtliche drei Parteien gingen dabei von solchen Voraussetzungen aus. Die Motive zu dieser Aktion waren wohl verschiedener Art. Die Sozialdemokratie, durch die sich überstürzenden Revolutionsereignisse in die Zwangslage: Pöbelstum oder Demokratie geraten, suchte aus sehr berechtigten Gründen Anschluß an das Bürgerturn. Sie bestand sich in der totalen Situation, entweder ihre Parteiposten abzuschütten u. sich von den Unabhängigen schützen zu lassen oder den Weg eines — wenn auch laien — Kompromisses zu gehen und so wenigstens Zeit zu gewinnen. Das ist ihr auch gelungen und mehr noch als das. Sie konnte bei den Januarwahlen gewaltig aufholen, indem sie durch geschickte inoffizielle Einflußnahmen der Wähler von rechts wie von links Sand in die Augen streute. Für den Augenblick wenigstens war der Parteikörper im Leben geblieben.

Das Zentrum besaßte beim Anbruch der neuen Zeit keine alte Regel. Es wartete ab, bis man es brauchte und griff dann zu. Das Zentrum war sicher die Partei, die am schärfsten egoistisch dachte. In der traditionellen Schule des diplomatischen Jesuitismus groß geworden, tastete es zuerst vorsichtig ab, und machte lebenswichtig Scheinversprechen, um sich dann, seinem leiblich unerschütterlichen Fundament vertrauensvoll, bereitwillig in der Koalition aufzulösen. Das Zentrum hat später, im Verlaufe der ganzen Regierungsära, die Dinge stets so zu drehen gesucht, daß man gezwungen war, zu ihm zu kommen. So hat es, namentlich über die gemeinsame, je nach Bedürfnis, für seine Partei enorme Vorteile herausgeschunden, ohne daß es eigentlich jemals ernsthaft an die Wand gedrückt wurde. Man braucht nur an den Namen Erzberger zu denken, um im Bilde zu sein: Erzberger ist der sichtbarste Niederschlag der revolutionären Zentrumsidee. Das sagt wohl genug.

Bei der dritten Regierungspartei, den Deutschdemokraten, kann man von einer Mischung der Motive sprechen. Im Norden, im Dunkelkreis des Berliner Tageblattes, war es das Motiv Revolte oblige, das die Herzen von Theodor Wolff benutzte, in den Regierungsbund einzuschwenken. Man hatte sich im Laufe des Krieges und noch mehr im Anfangsstadium der Revolution zu eng mit den Sozialdemokraten und anderen diesen nahestehenden Gruppen und Elementen liiert, um nun, als es zum Klappen kam, plötzlich die spröde Schöne zu markieren. Das hätte die buntschichtige Gesellschaft, die die Tagesblätter eingekreist hielt, niemals zugelassen, und die kaum fertige Partei wäre im Falle einer Weigerung mit absoluter Sicherheit aufgefallen. Im Süden herrschte verworrenen Idealismus. Hier wurde geglaubt — geglaubt an alle möglichen Utopien, nur nicht an die eine lapidare Notwendigkeit, daß man in Zeiten der Not, wo alles in verdoppeltem Tempo fließt, das halten muß, was man hat. Die Deutschdemokratie hat aber ihre besten Chancen aus der Hand gegeben, ohne daß eigentlich ein Grund dazu vorlag. Sie hat es nicht gewagt, gegen die Berliner Diktatur aufzudehnen, obwohl gerade in Süddeutschland die Ansichten in schärfstem Gegensatz zum Norden standen. Eine Utilitätspolitik wie das Zentrum hat die demokratische Partei nie getrieben, sondern im Gegenteil durch ihre Politik der Angst die Spannung in den eigenen Reihen auf das Höchste gesteigert. Mit welchem Erfolg, haben wir in den letzten Tagen gesehen.

Alles Unnatürliche rächt sich — physisch wie psychisch — stets am Individuum selbst. Wer sich gegen die Natur verläßt, spürt es am eigenen Leibe. Das gilt auch für die politische Pathologie. Die widernatürliche Koalition des Regierungsbundes mußte unbedingt zu den schwersten inneren Krisen der einzelnen Parteigruppen führen. Wir haben gesehen, wie es gekommen ist. Die Mehrheitssozialdemokratie ist zuerst vor die Frage: Sein oder Nichtsein? gestellt worden. Die so gut dressierten Wählermassen wurden losgerissen und wanderten in hellen Scharen nach links ab. Berrat am Sozialismus war das Schlagwort, mit dem die Linksgruppen arbeiteten. Vor dem äusseren Zusammenbruch hat die Mehrheitssozialdemokratie nur ihr guter politischer Instinkt gerettet. Die PreSSION Legiens war für sie das Signal, endgültig umzustechen und den eben noch angebotenen Ohren Demokratie dem Holzstoß zu überantworten. Dennoch kann man sagen: Die Mehrheitssozialdemokratie hat praktisch aufgehört zu existieren.

Tatsächlich haben wir bereits die Einigung des Proletariates und zwar unter linksradikaler Führung. Darüber helfen alle Ablehnungsversuche und kampfhaften Bindungen der Rechtssozialisten nicht mehr hinweg.

Auch der eisenfeste Zentrumsturm ist gebrochen. Das bayerische Zentrum hat sich als selbständige Partei konstituiert, und auch in dem verbliebenen Torso des Reichszentrums glüht das Feuer. Erzberger hat sich als der böse Geist seiner Partei erwiesen. Ob und wie sich das Zentrum aus dieser Krise lösen wird, kann man nicht sagen. Dieser Partei hat man zu oh den Retektor geschrieben, um wirklich glauben zu können, daß es aus sei. Zeitgenossen sollen am längsten leben. Allerdings, unter welchen Umständen das Zentrum weiterleben wird, steht in einem anderen Kapitel.

Kommen wir zur dritten Koalitionspartei, den Demokraten. Man braucht die schweren Erschütterungen, mit denen diese Partei zu kämpfen hat, nicht im einzelnen aufzuführen. Sie sind bekannt genug. Wir haben, analog der Sozialdemokratie, den Entwicklungsgang, daß dem einen Parteiführer infolge der auf höchstem gestiegenen Spannung nur der Austritt als letztes Mittel bleibt. Hier hat im Besonderen die Generalfreikörper sich als vernichtender Spalt gezeigt. Die Demokratie hat damals vergessen, daß sie eine Bürgerpartei sein will, und dieser Fehler wurde ihr verhängnisvoller als ihre sattem bekannte Energielosigkeit in den einzelnen Parlamenten.

Wie stehen nun die Dinge? Die Koalitionsparteien geben mit lächerlichem Rückzug in den Wahlkampf, und das ist ein sehr milder Ausdruck. Die Sozialdemokratie hat sich endgültig von dem Bürgerturn losgelöst und gibt sich erfarbter denn je. Zentrum und Demokratie stehen allein auf weiter Flur.

Wir sagen: Wer heute noch glaubt, mit der Sozialdemokratie eine brauchbare Regierungskoalition bilden zu können, dem ist nicht zu helfen! Das heißt nicht, daß man eine praktische Arbeit mit dieser Partei in Bausch und Bogen ablehnen soll. In gewissen allgemein gültigen Fragen wird man auf einander angewiesen sein. Aber vergessen wir doch nie, daß der Sozialismus der Todfeind des Bürgerturns ist. Sozialismus ist Internationalismus, das bekommen wir täglich aufs neue in den sozialistischen Blättern zu hören. Der Unterschied ist nur, daß der rabuläre Fühler dem Bürgerturn von heute auf morgen das Leben ausblasen will, während der gemäßigtere ein langsames Abwürgen vorzieht.

Die einzige Rettung beruht nach der Konstellation der heutigen Lage in dem großen Bürgerblock, einerlei, wie die Sozialdemokratie bei den Wahlen abscheidet. Das Zweiblocksystem muß kommen, denn die neue Linkscoalition steht bereits auf dem Plan.

Das Zentrum wird bei seiner bekannten Gewissheit wenig Schwierigkeiten machen. Aber man wird es mit Vorsicht behandeln müssen, denn keine Partei denkt mehr an sich selbst als gerade das Zentrum. Und einseitige Interessenpolitik würde von vornherein ein Zusammengehen unmöglich machen. Die Deutschdemokraten haben eine Herdenangst, daß man sie „schluden“ will. Sie dürfen beruhigt sein. Keine der Rechtsparteien denkt daran, sich irgendwo den Nagel zu überlassen; es wäre ihr eigener Schaden. Geschlossenheit der einzelnen Organisationen ist heute mehr denn je nötig, und die innere Zerrissenheit wird keine Partei noch vermehren wollen. Und wenn sich die Demokratie widerstandslos schluden läßt, dann beweist sie nur, daß ihre bisherige unselbständige Politik System geworden ist, und verdient es nicht besser. Ein gewisses Maß von Untertanen wird freilich nötig sein.

Rechnen wir uns an der Sozialdemokratie ein Beispiel. Der Bürger für das Bürgerturn! mit der Barocklauten. Gemeinfrone Front bei Wahrung der Selbstständigkeit der einzelnen Parteien!

O. R.

Eine neue Wahlfrage.

Berlin, 1. Juni. Gelegentlich einer von der deutschen demokratischen Partei veranstalteten Versammlung in Nagold hielt nach dem „Vorwörter“ Oberreichsanwalt Baumgarten, einer der Referenten des Reichsgerichts, denen die Strafverfolgung der am Rappaport Beteiligten obliegt, eine politische Rede. Aus seinen Ausführungen sei hervorgegangen, daß die Vereinnahmung der Rechtsparteien an dem Versuch aus den Belegen grundsätzlich festgestellt sei.

Hinter diese Meldung ist zunächst ein dickes Fragezeichen zu machen, da wir bekanntlich im Wahlkampf stehen und die Regierung struppellos kämpft. Es war früher nicht Mode, daß Angehörige unferes höchsten Gerichtshofes in die parteipolitische Arena niederstiegen und aus Ähren einer Voruntersuchung „Entschüllungen“ machten. Die Richtigstellung wird nicht lange auf sich warten lassen.

Ostpreußen nicht Gefahrzone.

Berlin, 1. Juni. Zeitungsmitteilungen zufolge soll von Seiten des Reichsministeriums wegen der angeblich drohenden bolschewistischen Gefahr Ostpreußen als Gefahrzone erklärt worden sein. Die Meldung ist unwichtig. Militärischerseits liegt zu einer solchen Maßnahme keine Veranlassung vor.

Ein krasser polnischer Willkürakt.

Danzig, 1. Juni. Dem Reichskommissar für Danzig, Sir Reginald Tower, der vorige Woche beabsichtigte, in Preußisch-Stargard, (Pommern) in dem Fall des verhafteten Dr. Wagner aus Danzig Einblick zu gewinnen, wurde eine Unterredung mit Wagner vom Untersuchungsrichter nicht bewilligt. Die Verhandlung sollte in etwa 14 Tagen stattfinden. Nun stellt sich, wie die „Brücke“ erzählt, heraus, daß Dr. Wagner aus Preußisch-Stargard weggebracht worden ist. Seiner Frau und dem Verteidiger ist jede Auskunft verweigert worden. In Danziger Kreisen empfindet man das Verhalten der polnischen Behörde als eine schwere Verletzung der internationalen Gebrauche und als einen unerhöhten Willkürakt, der das Verlangen nach einem Eingreifen des Obersten Rates herbeiführt, nachdem die Intervention in so verletzender Form zurückgewiesen wurde.

Polen und Tschechen.

Berlin, 1. Juni. Die tschechoslowakische Gesandtschaft ist durch Rückfrage bei der zuständigen Stelle in Prag in den Stand gesetzt zu erklären, daß dort von einem Abbruch der Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Polen nichts bekannt ist.

Aus dem österreichischen Reichsratsrat.

Wien, 2. Juni. (Korr.-Bur.) In der vorgestrigen ersten Sitzung des Reichsratsrat wurde der Berichterstatter Friedrich Adler über die politische Lage der Notwendigkeit, an dem System der Arbeiterräte festzuhalten, denn der Arbeiterrat habe die Einheit des österreichischen Proletariats erhalten. Abgeordneter Otto Bauer meinte, die Auflösung der Koalition würde zur Bildung einer neuen Koalition unter einer neuen Formel führen, da die Arbeiterklasse sich gegenüber einer rein bürgerlichen Regierung, die verlangen sollte, gegen das Proletariat aufzutreten, nicht mit der bisherigen Opposition begnügen würde. Auch er sei gemäß der Überzeugung der überwiegenen Mehrheit der Arbeiterklasse für Aufrechterhaltung des Arbeiterrats, da die Arbeiterklasse gegenüber der drohenden Reaktion auf kein Organ ihrer Macht verzichten könne.

Am gestrigen zweiten Verhandlungstag des Reichsratsrat brachten mehrere Redner das Verhältnis zu Rußland zur Sprache. Die kommunistischen Redner, darunter Friedrich Adler, wandten sich hauptsächlich gegen das Weiterbestehen der Koalition, doch auch Friedländer betonte, daß die Einführung einer Räteregierung in Oesterreich zur Zeit nicht möglich sei.

Oesterreichische Rundgebung für den Anschluß an Deutschland.

Wien, 1. Juni. In einer Versammlung des Nationalverbandes deutsch-österreichischer Offiziere sprach Abgeordneter Schönbauer über die Anschlußfrage und stellte fest, daß Deutsch-Oesterreich durch die wirtschaftliche, nationale und politische Not zum Anschluß an das Deutsche Reich gezwungen werde. Die Versammlung, in der weiter der Vorsitzende General Kraus, und andere deutsche Männer sprachen, gestaltete sich zu einer einstimmigen Rundgebung für den Anschluß an das Deutsche Reich.

Sturmjahren im tschechischen Parlament.

Prag, 2. Juni. Während der gestrigen Programmrede des Ministerpräsidenten Tiszar kam es nicht nur zu leidenschaftlichen Ausbrüchen zwischen Deutschen, Tschechen und Ungarn, sondern auch zu einem ersten Konflikt zwischen deutsch-nationalen Abgeordneten und deutschen Sozialdemokraten. Die Rede Tiszars wurde stellenweise durch die deutsch-nationalen Abgeordneten unterbrochen. Besonders heftig war der Widerspruch, als der Ministerpräsident auf das Schließen zu sprechen kam. Als Dr. Lohmann die staatsrechtliche Verwahrung des Deutschparlamentarischen Verbandes verlas und erklärte, im Namen des deutschen Volkes in der Tschecho-Slowakei zu sprechen, rief der deutsche Sozialdemokrat Dr. Gahn: „Als Vertreter der deutschen Kapitalisten“, was von den Tschechen mit Beschimpfungen des genannten Abgeordneten quittiert wurde. Als der ungarische Abgeordnete Szentivanyi, der kürzlich wegen Hochverrats verhaftet, dann infolge der Amnestie wiederum freigelassen worden war, den Saal betrat, wurden ihm von seinen Parteigenossen und von deutscher Seite härmliche Ovationen bereitet. — Die Sitzung des Senats verlief ruhig.

Die englische Schwarze Meer-Flotte.

London, 2. Juni. (Korr.) In Erwiderung auf eine Anfrage betreffend die Anwesenheit englischer Streitkräfte im Schwarzen Meer sagte Lord, die englischen Kriegsschiffe würden den Schiffsverkehr mit der Armee solange schützen, bis zwischen der Armeeschwärme und Sowjetrußland ein Waffenstillstand abgeschlossen sei. Die Verhandlungen über den Waffenstillstand würden demnächst beginnen. Ferner hätten die englischen Kriegsschiffe Aukras, einen Angriff der Sowjettruppen entlang der Küstenstraße nach Batum zu unterstützen.

Der schwarze Schrecken!

Berlin, 1. Juni. Wie aus dem amtlichen Bericht des Oberpräsidenten der Rheinlande hervorgeht, sind neuerdings

ld.
ig!
aal wo
2565
schuß.
lung
benfaat.
übungen:
ukunft.
er • Calw:
2560
Partei.
1920.
inahme
Groß
m
leitung
Worte
sagen
partier
nle
ndlung
en auf
n, Rirch-
Eigen-
iere
Nagold.
Brilla
Nagold.
üchlein
er, Nagold.

wieder mehrere unerhörte Fälle von Sittlichkeitsverbrechen durch schwarze Franzosen vorgekommen und dem Leiter der interalliierten Kommission in Bonn amtlich mitgeteilt worden. Ein ganz besonders krasser Fall ist in der Umgebung von Fankrich passiert. Ein 11 und ein 13 Jahre alter Knabe wurden dort von drei französischen Soldaten in ein Kugengeld geschleppt, gewürgt u. mißbraucht. Durch das Herannahen mehrerer Zivilisten ließen die Unholde von ihrem Tun ab. In derselben Gegend versuchte ungefähr um die gleiche Zeit ein farbiger Soldat ein 19-jähriges Mädchen auf offener Straße zu vergewaltigen. Als das Mädchen sich zur Wehr setzte, hat ihm der Soldat 100 M. um es mißfällig zu machen. Das Mädchen konnte entfliehen. In der Benachrichtigung der deutschen Behörde an die interalliierte Kommission betonte diese, daß sie die Verantwortung für aus solchen Fällen entstehende Folgen in der Bevölkerung nicht mehr länger tragen könnte, da sie nicht die Gewähr hätte, daß die interalliierte Kommission entweder in der Lage oder gewillt sei, die deutsche Bevölkerung in genügendem Maße zu schützen.

Eine Erklärung der anhaltischen Truppenführer.

Berlin, 2. Juni. Nach dem „Berliner Volksanzeiger“ haben die Kommandeure der Truppen von Dessau u. Zeitz in einer Konferenz mit dem Oberpräsidenten Hörsing der anhaltischen Staatsregierung unbedingte Treue gelobt. Die Truppen seien bereit, die Verfassung gegen jeden Putsch, gleichviel von welcher Partei, mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.

Bevorstehender Staatsstreik in Moskau?

Basel, 1. Juni. Die Reichshaus Agentur meldet aus Moskau: Rußland befindet sich am Vorabend eines von Brussilow vorbereiteten Staatsstreikes. Der Ausbruch der Krise wird jeden Augenblick erwartet. Die in Polen weilenden Führer der russischen Demokratie und Reaktion hätten bei dem polnischen Präsidenten Schritte unternommen, um die Erlaubnis und Unterstützung der Bildung einer russischen Armee auf polnischem Gebiet zu erlangen, sowie die Gewährung eines Kredits für eine etwa sich bildende provisorische russische Regierung in Polen.

Bewegung der Bankangestellten.

Berlin, 2. Juni. Heute Abend findet im Lustgarten eine Bankangestelltenversammlung statt; morgen soll die Abstimmung in den Betrieben vorgenommen werden.

Erhöhung der Lebensversicherungsprämien.

Berlin, 2. Juni. Nach verschiedenen Morgenblättern verhandeln die deutschen Lebensversicherungsanstalten mit dem Reichsaufsichtsrat um dessen Genehmigung zur Erhöhung der Prämien wegen der Steigerung der Aufkosten zu erhalten.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 3. Juni 1920.

Das Reichswehrministerium, Zweigstelle Württemberg hat den Obermaterialienvorsteher Müller bei der Maschineninspektion Ulm auf die Stelle des Oberbahnhofsverwalters in Göttingen bei Horb auf Ansuchen zurückversetzt.

Schwergerichtsungen.

Die ordentlichen Schwurgerichtssitzungen des III. Vierteljahres 1920 werden in Lötzingen am Montag, den 5. Juli 1920, vormittags 10^{1/2} Uhr eröffnet; zum Vorsitzenden wurde ernannt Landgerichtsdirektor Dr. Hoff.

Fronleichnam.

Die katholische Kirche feiert heute das Fronleichnamfest; mit großem Pomp und festlichem Umzug wie sie üblich sind seit Jahrhunderten. Der evangelische Teil unseres Volkes hat an dieser Feiertage äußerlich kein Anteil, dennoch genießt der Fronleichnamstag, sein inneres Wesen und die äußere Begehung des Festes bei unserem ganzen deutschen Volke allgemeine Beachtung im Hinblick auf die ungeheure Tragfähigkeit der Macht des Glaubens und dann, weil Geschickliches, Vorhandenes beim Vorhandensein dieses Glaubens allen Zeitenwandel und Zeitensturm zu überdauern vermag.

Neue Jäge.

Ab 1. Juni verkehren neu auf der Linie Pforzheim—Ragold—Göttingen zwei Jäge: Ab Pforzheim 6.13 abends, an Ragold 7.58, ab Ragold 8.12, an Horb 8.52 und die Gegenverbindung: ab Göttingen 9.28 abends, an Ragold 9.53, an Pforzheim 10.38. Auch auf der Linie Ragold—Altensteig sind zwei Jäge neu eingestellt und zwar: ab Ragold 8.30 abends, an Altensteig 9.28 und ab Altensteig 7.06 abends, an Ragold 7.54. Dies bedeutet eine wesentliche Verkehrsvereinfachung und dürfte in der gesamten Öffentlichkeit freudig begrüßt werden.

Württembergische Bürgerpartei.

Im Traubensaale sprach gestern Herr Generalsekretär Roos über die Ziele der Württembergischen Bürgerpartei. In formvollendeter Rede gab Herr Roos ein Bild der gegenwärtigen Lage in ihren Ursachen und Auswirkungen auf Gegenwart und Zukunft. Scharfe Abrechnung wurde mit den Reichsparteien gehalten, die in der nationalen Frage völlig verfaßt sind, schon damals, als die erste Krise im Weltkrieg kam. Nicht durch die Herrschaft der militärischen Stellen ist der Krieg verloren gegangen, sondern durch die diplomatische Unfähigkeit der Regierungskoalition, die politischen AnnekSIONISMUS getrieben und dem Bemühen der Entente nicht die notwendigen inneren Geschlossenheit gegenübergestellt hat. Die Niederlage ist verschuldet durch die revolutionäre Vergiftung von innen und außen, was durch die föhliche Abweisung der Verantwortung durch die Mehrheit nicht aus der Welt geschafft wird. Auf diesen dann die Revolutionäre auf. Aus der wirtschaftlichen Lage, dem Phantom des Marxismus, der durch die Unrentabilität der verstaatlichten Betriebe von vornherein zur Unbrauchbarkeit verdammt ist. Da ist ferner die innerpolitische Lage, die falsche Mär von der neuen Freiheit, die durch Zwangstationierung, Pressenzur und Bevormundung der Öffentlichkeit eine leitende Illustration erfährt. Freiheit gibt es nur für die Regierungsparteien, die an Stelle des Fachmanns den Dilettanten, an Stelle der Fähigkeit die Unfähigkeit setzt hat. Die Politik ist heute nicht mehr Dienst am Volke, sondern das gewinnbringendste Geschäft. Die dritte Revolutionäre ist der Glaube an eine Verführung der Völker, an einen Völkerverbund, an den Geist von Weimar — kurz, die gänglich verlebte Außenpolitik. — Im Programm der Bürgerpartei steht an erster Stelle der Wiederaufbau. Die Freiheit des Einzelnen, die Freiheit des Schaffens und Bestrebens muß

gewahrt bleiben. Das zehliche deutsche Unternehmertum — nicht die Industriepolitik — muß weitgehend geschützt werden. Nebenmäßige Einnahmen müssen weggefallen und ein sozialer Ausgleich geschaffen werden. Unsere Wirtschaftspolitik muß wieder gesund, freilich nicht durch weitere Steigerung des Papiergeldumlaufes, sondern durch sinnigen Abbau der Zwangswirtschaft, Steigerung der Produktion u. vor allem Steigerung der Arbeitsleistung, die vorläufig durch den unbedingten Achtstundentag unterbunden wird. Dem Masseninstinkt gegenüber muß mit Mut aufgetreten werden und ein berufständisches Parlament ist die Forderung der Stunde, das eine Kontrolle gegenüber dem politischen Parlament ausübt. Die gewaltigste Gefahr droht dem deutschen Volke von dem Volkswirtschaftsminister, der eine Sammlung aller ordnungsliebenden Elemente zur gebietenden Pflicht macht. Deswegen muß die Rechte im Parlament so hart wie möglich werden, um eine bürgerliche Einheitsfront zu errönglichen. Der Wahltag ist ein Tag der Pflicht. — Der Verfassungsausschuss, Herr Verwalter Bauer, dankt dem Redner in herzlichen Worten für seine so überaus spannenden Ausführungen. Nachdem sich niemand zur Diskussion meldete, hielt H. Bauer das Schlusswort. — Heute abend um 6 Uhr findet im „Rögle“ eine Zusammenkunft statt, in der Herr Stadtschultheiß Müller von Reubulach sprechen wird. Mitglieder und Freunde der Württ. Bürgerpartei sind herzlich dazu eingeladen.

Vorauszahlungen auf die Kriegsabgabe vom Vermögensumschlag. Die Kriegsabgabe ist zur Hälfte binnen drei Monaten, zu einem Viertel binnen sechs Monaten und mit dem letzten Viertel binnen neun Monaten nach Feststellung des Kriegsabgabebescheides zu entrichten. Bei Zahlung in barem Gelde vor Ablauf der festgesetzten Zahlungsfristen werden 6% Zwischenzinsen vom Tage der Einzahlung bis zum Fälligkeitstag abgezogen. Zahlungen, auch schon vor Zustellung des Steuerbescheides, nehmen die Finanzämter entgegen.

Die Papiergeldflut. Wie die Papiergeldflut steigt, zeigt folgender Uebersicht des deutschen Notenumlaufes. Er betrug in Milliarden M am 30. Juni 1914 rund 2^{1/2}, 1. Jan. 1915 rund 5, 1. Jan. 1916 rund 7,1, 1. Jan. 1917 rund 8, 1. Jan. 1918 rund 11^{1/2}, 1. Jan. 1919 rund 22, 1. Jan. 1920 rund 36, 1. Febr. rund 52, 21. März rund 56, 1. April rund 59 und Mitte Mai rund 65. Pro Kopf der Bevölkerung betrug der Notenumlauf im Juni 1914 rund 30 M, im Sept. 1919 rund 340 M, heute gegen 1000 M. Auf der anderen Seite sehen wir die Geldbedeckung unermittlich sinken: Bei Kriegsbeginn betrug sie 55%, Anfang 1920 3% und heute ganze 1^{1/2}%.

Neue Reiseprotokolle. Die Erhöhungen des Papierpreises zwingen zu einer Vereinfachung und damit zu einer Neugestaltung der Reiseprotokolle. Die neuen Marken sollen nächstem eingeführt werden. Die Gültigkeit der bisherigen Marken wird vorerst nicht berührt, alte und neue Marken werden nebeneinander gelassen werden. Der Zeitpunkt, an dem die jetzigen Marken außer Geltung gesetzt werden, wird amtlich noch bekanntgegeben.

Die Kehrseite des Lotteriegewinns. Von allen Gewinnen und Liebesgewinnen (Prämien) der preussisch-sächsischen Klassenlotterie werden für die Generalotterielosse und die Einnahmen zusammen 15^{1/2}% in Abzug gebracht. Beim großen Los, das 500 000 M beträgt, gelangen infolgedessen 422 500 M zur Auszahlung. Nach § 11 Abs. 4 des neuen Reichsloosengesetzes gehören Lotteriegewinne und ähnliche außerordentliche Einnahmen zu dem in § 5 deselben Gesetzes aufgeführten steuerbaren Einkommen. Von einem Gewinn von 422 500 M würde die Reichsloosentente rund 250 000 M betragen, so daß dem glücklichen Gewinner des großen Loses noch 172 500 M verbleiben. Bei kleineren Gewinnen ist der Steuerloos natürlich etwas geringer.

Deutsche Ferienkinder in Norwegen. Die ersten 500 deutschen Ferienkinder sind in Christiania angekommen. Sie wurden von Damen und Herren des norwegischen Komitees, den norwegischen Pfingstern und zahlreichen Mitgliedern der deutschen Kolonie mit der Gattin des deutschen Konsulats, Frau von Mutius, an der Spitze, empfangen.

Deutsches Silber in England. Nach einer Meldung der Daily Mail sind größere Mengen Silber aus Deutschland in London eingetroffen. Es handelte sich um Verklüfte eingeschmolzenen Tafelsilbers aus dem Besitz verarmter Familien. Die zuletzt eingegangene Sendung habe einen Wert von 2 Millionen Mark gehabt.

Viehversicherungsfrage. Da die Viehzählung auf 1. Juni ds. Js. nicht stattfinden kann, wird die Viehversicherungsfrage auf Grund der Zählung vom 1. März d. Js. erhoben.

Der Rosenmonat. Der Juni ist der erste Sommermonat. Ihm kommt die Obere zu, mit den längsten Tagen des Jahres aufzuwarten zu können. Zu Beginn des Monats hat der lichte Tag eine Dauer von 15 Stunden 51 Minuten und bis zum 21. Juni, da die Sonne ihren höchsten Stand erreicht, kommen noch weitere 20 Minuten hinzu. Kraft der Sonne leisten die Pflanzen ihre größte Arbeit; unzählige Blumen blühen in Gärten und Feld, auf Wiesen und im Wald Erdbeeren und Röschen sind jetzt reif. Um den vielseitigen Weitemänschen gerecht zu werden, soll der Juni etwas mehr werden als wasser Charakter tragen. Recht ist es um Johann (24.) vorbei mit dem Singen und Pflücken der Bäume und der Ruf des Rufes soll um diese Zeit ertönen sein; denn nach Johanns Rufschrei steht eine neue Zeit herbei!

15. Staatslotterie. 8. Klasse. 17. Ziehungstag. Auf Württemberg gefallene Gewinne: 5 000 M auf Nr. 174 765; 3 000 M auf Nr. 175 807, 189 603, 211 709, 213 433; 1 000 M auf Nr. 34 780, 174 558, 174 945, 175 569, 176 676, 177 181, 196 634, 188 640, 199 286, 200 868; 500 M auf Nr. 62 917, 174 588, 176 570, 176 751, 177 815, 177 917, 181 193, 187 004, 188 008, 192 785, 220 224, 226 238, 235 348. Außerdem 301 Gewinne zu 240 M (Ohne Gewähr).

Rohrdorf, 29. Mai. Die Geschäftstätigkeit der Darlehenskasse im letzten Rechnungsjahr ergibt nach der in letzter Woche abgehaltenen Generalversammlung, die eine Anwesenheitsliste wie selten zuvor aufwies, folgendes Bild: Aktive 254 595 32 M, Passive 254 455 72 M, Reingewinn 139 60 M, Umlauf 73 652 238 M. Bei der Zentralkasse sind angelegt, 222 374 45 M. Die Neuzahlungen brachten keine Veränderung, da einstimmig die „Alten“ wieder für ihre Konten verpflichtet wurden. Die Höhe des zu gewährenden Kredites wurde von 3000 auf 10 000 M erhöht. Der Zinsfuß für Anleihen auf 4 Proz. wie früher gelassen, der für lfd. Rechnungen

auf 3^{1/2} Proz. und jenseit für Deposten auf 3 Proz. festgesetzt. Seitens der Zentralkasse ist angeregt worden, den Mitgliedern nahezuholen, daß infolge des starken Geldverdranges die Geschäftskonten womöglich voll eingezahlt werden sollen. Die Zentrale schlägt vor, denselben zu verdoppeln.

Aus dem übrigen Württemberg.

Reutenburg, 2. Juni. Im nahen Birkenfeld hat ein ehemaliger Kriegsteilnehmer, der 24 Jahre alte Ernst Oelshöfer, der schwer nervenleidend war, im geistigen Bändnis seine Braut Luise Meisinger, auf dem Friedhof durch vier Stöße in den Rücken schwer verletzt. Dann ließ er sich selbst in die Schläfe und ertränkte sich in der Luge am Wege der Birkenfelder Mühle. Der Grund der Tat war lediglich Lebensüberdruß und Krankheit.

Widdach, 2. Juni. Finanzminister Reichling hat folgenden Bescheid dem hiesigen Gemeinderat zuzulassen lassen: „Auf die Einsprache gegen die erfolgte übermäßige Erhöhung der Kurtaxe, der Bäderpreise und der Bürgerbadgebühren und die Beschwerde gegen Bau und Bergdirektion, weil sie diese Maßnahmen ohne vorherige Anhörung der Stadtverwaltung und der Kuratoren, beim hinsichtlich der Kurtaxe ohne ausdrückliche Zustimmung des Gemeinderats, getroffen hat, erwidere ich dem Gemeinderat, daß ich nach Prüfung der rechtlichen u. tatsächlichen Verhältnisse keinen Anlaß zu einer Änderung der getroffenen Verfügungen gefunden habe, da die Erhöhung der Kurtaxe, der Bäderpreise u. der Bürgerbadgebühren durch die Steigerung aller Löhne und Preise bedingt und keineswegs als übermäßig bezeichnet werden kann und da die behauptete Autonomie der Stadtverwaltung hinsichtlich der Kurtaxe nicht begründet ist.“

Stuttgart, 1. Juni. In der Tarifstreitigkeit zwischen dem Verband sächsischer Textilarbeiter, dem deutschen Textilarbeiterverband und dem Zentralverband Christl. Textilarbeiter in Württemberg wurde am 27. Mai folgender Schiedsbescheid vom Schlichtungsausschuß des Arbeitsministeriums gefällt: Die Mindeststundensätze betragen für männliche Arbeiter von 15—20 Jahren 1.70—3.90 M, über 20 Jahren 3.40 M. Arbeiterinnen erhalten 1.50—3 M bzw. 3.50 M. Die Abzahlung der Christl. mit je 15 J bleibt bestehen. Handwerker erhalten 30—30 Pf. für die Stunde mehr. Der neue Tarif tritt am 15. Mai in Kraft.

Stuttgart, 1. Juni. Im „Staatsanzeiger“ wird gegenüber den Vormärschen, daß die Regierung der Maul- und Klauenseuche rat und tatlos gezeuherische, darauf hingewiesen, daß trotz der Abwehrmaßnahmen die Seuche deshalb sich weiter ausbreitet, weil nur eine begrenzte Zahl von Viehhältern sich um die Einhaltung der verordneten Schutzmaßnahmen wirklich kümmere. Der Seuchenkommissar sei ersucht, neben den beamteten Tierärzten noch approbierte Tierärzte zur Seuchenheilung heranzuziehen.

Stuttgart, 1. Juni. Ende März stahl eine Diebstahlbande aus einem Haus der Staßenerstraße, in das sie eingedrungen war, u. a. Gold und Silberwaren im Gesamtwert von über 8000 M. Ein Teil des Diebstahls wurde kurz darauf bei der Ertreuung des früheren Postgehenden des „Roten Soldatenbundes“ und jetzigen Inhabers der kommunalistischen „Arbeiterbuchhandlung“, Anton Dörner in der Rotestraße hier beschlagnahmt, gegen die inzwischen Anklage wegen Hehlerei erhoben worden ist.

Leonberg, 1. Juni. Die Stuttgarter Entenlotterikommission hat in letzter Zeit nicht nur eine hiesige Fabrik durchföhrt, dieser Tage kam sie nun auch auf das Bezirkskommando, um es zu durchsuchen. Es konnte natürlich nur der völlige Abbau dieser Behörde festgestellt werden.

Löwenstein, 1. Juni. In den Ausläufern unserer Berge brach am Sonntag nachmittag ein Unwetter los, das über die Gemeinden Brinriet, Abstatt, Auenstein und Talheim schwere Wasserkat brachte. Der wolkenbruchartige Regen legte auch im Bortmortal die tiefer gelegenen Ortsteile unter Wasser. Teilweise stand das Vieh bis zum Leib im Wasser, so daß es ertrinken werden mußte. Auch Heu wurde weggeschwemmt.

Württ. Fleischartag.

Reutlingen, 1. Juni. Eine nachdrückliche Kundgebung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch war mit dem unter außerordentlich starker Beteiligung aus dem ganzen Lande geföhrt hier gehaltenen Begehrtag des nunmehr 60 Jnningen mit über 2000 Mitgliedern zählenden Württ. Bezirksvereins des Deutschen Fleischerverbandes verbunden. An der Tagung nahmen teil als Vertreter der württ. Regierung und der Fleischversorgungsstelle: Dr. Hammerle, ferner Oberamtmann Mayer, Stadtschultheiß Stülker u. Hauptverkämmersekretär Dr. Gerhardt. Reichstagsabg. Herrmann Reutlingen trat unter stürmischen Beifall der Versammlung für eine Befreiung der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten, mit Ausnahme von Getreide und Milch ein u. wies alle Versuche der Kommunalisierung und Sozialisierung des Fleischgewerbes zurück. Der Jahresbericht des Vorsitzenden, Obermeisters Gemeinderat Däufelmann—Stuttgart, wies auf die ungeheure Steigerung der Schwarzschlachungen infolge der außerordentlich hohen Fleischpreise hin und auf den fünf-Millionen Jahresverdrang der Württ. Fleischversorgungsstelle, die übrigens nicht mehr unbedingt für die Zwangswirtschaft sei, weil sie gegenwärtig mit ungeheuren Schwierigkeiten bei der Viehaufzucht zu kämpfen habe. Was der Versammlung wurde äußerst erregt gegen die fernere Ableitung der Rinderläse protestiert und bei andauernder Richtung der Wünsche der Metzger seitens der Fleischversorgungsstelle mit dem Streik gedroht, was der Vorstand jedoch ablehnte. Bezüglich der Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde nach Referaten von E. Frank—Stuttgart und G. Stöckle—Stuttgart eine Entschließung einstimmig angenommen, in der im Interesse der Bevölkerung die alsbaldige Einleitung des Abbaus der Zwangswirtschaft auf Vieh und Fleisch verlangt wird, die angesichts der herrschenden Zustände auf diesem Gebiet in keiner Weise mehr gerechtfertigt sei, nachdem die Schlachtolehaufhebung auf ordnungsmäßigem Wege in letzter Zeit vollständig verlagert habe und fast alles nur noch auf dem Schleichhandelsweg gemacht werde. Sollte dem Antrag nicht sofort voll entsprechen werden können, dann wird beantragt unter allen Umständen, wenigstens bei den Schweinefleisch den Konsum zu machen, nachdem von dem Schweinefleisch Deutschlands von 11—12



An die Wähler Württembergs!

Irreführende Behauptungen unserer politischen Gegner zwingen uns zur Abwehr.

Wie sind die Wahlausichten der Deutschen Volkspartei für den Württembergischen Landtag?

Gut! Denn nach dem Wahlgesetz genügt es, wenn in einem Wahlkreis ein Kandidat die erforderliche Stimmenzahl erhält. Dann werden die Stimmen der übrigen Wahlkreise auf die Landesliste übernommen. Die Wahl eines Kandidaten ist aber im Wahlkreis Stuttgart unbedingt sicher.

Wohin fallen die Stimmen bei der Reichstagswahl, wenn wider Erwarten die notwendige Stimmenzahl nicht erreicht würde?

Auf die Reichsliste der Deutschen Volkspartei, der Erbin der Nationalliberalen Partei.

Wohin fallen die Stimmen der Württembergischen Bürgerpartei?

Unter allen Umständen an die Deutschnationale Volkspartei!

Wer sind die Deutschnationalen? Die im neuen Reichstage unter Führung des Grafen Westarp stehenden alten preussischen Konservativen.

Liberales Bürgertum Württembergs entscheide Du —

Wähle: Deutsche Volkspartei,

die einzig nationale, liberale und soziale Mittelpartei!

2576

Cigarren, Cigaretten, Tabake empfiehlt billigst **Otto Steegmüller** und gut **NAGOLD.** 2538

Auf 1. Juli ds. Js. werden
zwei Stationsmädchen gesucht.

Augenklinik Tübingen.
Verwaltung: Hov. Schiebel.

1 Cello,

sehr gutes Instrument,
zu verkaufen.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle d. W. 2577

Gebr. 1/2-1pf. Drehstr.

Elektromotor
220 Volt, Kupferw.
zu kaufen gesucht.
Wer? sagt die Geschäfts-
stelle d. W. 2579

Sonder-Angebot

in **Cigarren**
Lagerbesuch lohnend.
Otto Steegmüller
2559 Nagold.

Kranken Frauen

und Mädchen teile ich
unentgeltlich mit, wie
ich von meinem lang-
jährigen Frauenleiden
(Blutarmut, Weissfluss)
in kurzer Zeit befreit
wurde. Rückporto erb.
Frau Berta Koopmann
V1 Berlin W. 35
Potsdamerstr. 104.

Pferdeknecht

wird sofort gesucht bei
N 50.—Wochenlohn 2555

Reinhold Rauser,
Kalkwerk ./. Nagold.

Suche per sofort oder
1. Juli ehrliches, tüchtiges

Mädchen

für Küche und Haushalt, bei
gutem Lohn. 2584

Frau Martini,
Gasth. „Waldborn“
Nagold.

Einen neuen 2585

Maßanzug

verkauft billigst.
Wer? sagt die Geschäfts-
stelle des Geschäftsführers.

**Seife, Seifenpulver,
sonst. Waschartikel,
Zigarren, Zigaretten,
Schuhcreme,
Bodenwische,
Tafelsenf (offen)**

2593 empfiehlt
Chr. Raaf, Klumpps Nachf.
Nagold, Marktstr.

Verein der Hundefreunde Nagold u. Umg.

Am Sonntag, den 6. ds. findet
unser
Lokal-Schau v. Hunden aller Rassen
im Garten des „Schw. Adler“ statt.
Beginn der Schau 9 Uhr d. Nach-
mittags 11 Uhr. Einteilung in Jugend-
(von 8 Mon. an) und Alters-Klassen.
Ganze Würfe zugelassen. Jeder Hund
erhält eine Bewertungsurkunde.
Zu zahlreichem Besuch wird eingeladen. 2583

Fleischbrüh-Ersatz Würfel à 8 Pfg.
Plantox-Suppen-Würze
1ste. große Lachs-Heringe
geräuchert

zu haben bei 2592
Hermann Knodel, Nagold.

Habe noch sehr günstig abzugeben
mit
Mähmaschinen Mittelfingerdathen
und einige **Gabelheuwender.**

2573
Gg. Wackenhuth, Calw. Tel. 142.

Achtung! Ausschneiden!

An- und Verkäufe von Grundstücken und Liegen-
schaften aller Art vermittelt rasch
Otto Lutz, Badnang
2574 Uhländtstraße 33.

Unserer heutigen Gesamtauflage liegen zwei
Flugblätter bei und zwar von der Deutschen Volkspartei
und von der deutschen demokratischen Partei, worauf wir
besonders hinweisen.

Nagold.
Freie Schreiner-Innung.

Vollversammlung
am Samstag den 5. Juni mittags 2 Uhr
im Gasthof „Röhr“ in Nagold.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung des uns von der Handwerkskammer zugewiesenen
Stammholzes.
2. Bericht des Schreinermeister-Verbandes.
3. Aussprache über die Lage des Schreinerhandwerks.
4. Sonstiges.
Wozu sämtliche Mitglieder dringend eingeladen werden.
2572 **Obermeister Gabel.**

Wagner-Innung Nagold.

Die Mitglieder, welche Holz bestellt haben und wollen,
kommen am **Samstag, den 5. Juni** vormittags 11 Uhr in
das Gasthaus zur „Krone“ in Nagold wegen Annahme
des Buchen-, Eichen- und Tannen-Holzes.
2574 **Der Vorstand.**

Ottenbronn-Ebershardt.
Statt jeder besonderen Einladung!

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung er-
lauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte
auf 2570

Samstag, den 5. Juni 1920
in das Gasthaus „Röhr“ in Ebershardt freund-
lichst einzuladen.

Jacob Hamann & **Christine Weis**
Bauer & Lochter des
Sohn des Gottl. Hamann & Friedrich Weis, Bauer
Bauer in Ottenbronn. 11 Ebershardt.
Kirchgang 11 Uhr.